

Erkenntnisse zum Engagement in der Geflüchtetenhilfe

aus der Transferwerkstatt „Aus 2015 lernen“ am 6. Juli 2022 in Halle (Saale)*

.....

Bei der Transferwerkstatt diskutierten mehr als 30 Expert*innen aus Wissenschaft und Praxis über Erkenntnisse zum Engagement von und für Geflüchtete(n) in Deutschland. Auf der Webseite der Stiftung Bürger für Bürger finden Sie dazu eine [ausführliche Dokumentation](#).

Die Kernbeobachtungen und Empfehlungen für Zivilgesellschaft, Politik und Wissenschaft stellen das komprimierte Ergebnis der sachkundigen Diskussionen der Teilnehmenden sowie der wissenschaftlichen Impulse dar.

Kernbeobachtungen

- Die Zeit nach 2015 hat bewiesen, dass eine erfolgreiche Integration machbar ist. Die Geflüchtetenhilfe hat sich in der Folge als eigenständiges Engagementfeld entwickelt. Stärker herausgebildet hat sich seither auch ein Selbstverständnis von Mitbestimmung und Beteiligung der Geflüchteten.
 - Ehrenamtliches Engagement spielt eine zentrale Rolle für einen guten Aufnahmeprozess von Geflüchteten aus der Ukraine. Gleichzeitig empfinden es einige Ehrenamtliche teilweise als frustrierend, dass sie – nach 2015 erneut – Aufgaben übernehmen, für die der Staat nur unzureichende finanzielle Mittel zur Verfügung stellt.
 - Alltagsunterstützung für Geflüchtete ist mit einem hohen Ressourcenaufwand und emotionaler Belastung verbunden, da diese häufig mit vielschichtigen Problemlagen (z.B. Wohnungssuche, Sprache lernen, Kontakt mit Behörden, psychische Belastungen verarbeiten etc.) einhergeht.
 - Mit der erstmaligen Nutzung der [„Massenzustrom-Richtlinie“ der EU](#) und flankierenden national-staatlichen Regelungen wurden für die Geflüchteten aus der Ukraine offene Grenzen für die Zu- und Rückwanderung geschaffen. In Deutschland wurde bereits zum 1. Juni 2022 der [„Spurwechsel“](#) aus dem unzulänglichen und abschreckend ausgestalteten Asylbewerberleistungsgesetz in die Grundsicherung eingeleitet. Dadurch erhöhten sich die Leistungsbezüge, der Eintritt in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt wurde erleichtert.
 - Dieser Umgang mit den Geflüchteten aus der Ukraine (z.B. keine Verpflichtung, in Sammelunterkünften zu wohnen, Zugang zum Arbeitsmarkt) vermeidet viele der alltäglichen Probleme, die sich nicht nur für Geflüchtete, sondern auch für ihre Unterstützer*innen als belastend erweisen. Er sollte insofern Vorbild auch für den Umgang mit anderen Gruppen von Geflüchteten werden.
 - Offen bleibt, ob der Umgang mit den Geflüchteten aus der Ukraine zur Blaupause für einen grundlegenden Wandel in Richtung einer progressiven Migrations- und Flüchtlingspolitik wird, in der der Staat eher unterstützend als kontrollierend wirkt. Andernfalls ist zu befürchten, dass ein Zweiklassensystem etabliert wird, das – mit rassistischen Untertönen – Geflüchtete aus Europa besser behandelt als Menschen aus anderen Teilen der Welt.
-

* Am 6. Juli 2022 fand in Halle (Saale) die Transferwerkstatt unter dem Titel „Aus 2015 lernen - Engagementfördernde Strukturen stärken. Erkenntnisse zum Engagement von und für Geflüchtete“ statt. Organisiert wurde sie von der Stiftung Bürger für Bürger und gefördert durch die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt im Rahmen der Gesprächsreihe Bürgergesellschaft 2022.

Empfehlungen für Zivilgesellschaft, Politik und Wissenschaft

ZIVILGESELLSCHAFT

1. Das bürgerschaftliche Engagement für, von und mit Geflüchtete(n) in Deutschland ist vielfältig. Deshalb gilt es, die zeitlichen, sozialen und inhaltlichen Grenzen des jeweiligen Engagements sowie **unterschiedliche Motivationslagen** zu **respektieren** und **differenzierte Engagementangebote** für unterschiedliche Zielgruppen zu machen.
2. **Peer-to-Peer-Engagement durch Migrant*innenenselbstorganisationen** spielt eine wichtige Rolle im Bereich der Geflüchtetenhilfe. Allianzen zu bilden, auch in migrantischen Communities, ist eine Grundvoraussetzung.
3. Zivilgesellschaftliches Engagement muss **selbstkritischer und politischer** werden. Konkret müssen eigene Privilegien hinterfragt, rassistische Strukturen in etablierten Organisationen beseitigt, Machtverhältnisse thematisiert und rassismuskritischer gehandelt werden.
4. Eine **Stärkung der Infrastrukturen** sollte sich darauf konzentrieren, dass öffentliche Einrichtungen (z.B. Schulen, Ämter) **Reserven schaffen** und „Puffer einbauen“, damit sie bei künftigen Migrationsbewegungen besser und direkter agieren können. Auch zivilgesellschaftliche Strukturen wie Freiwilligenagenturen müssen in der Lage sein, spontan auf Krisensituationen zu reagieren.

POLITIK

5. Um die Teilhabe von Migrant*innen und das **Engagement von Geflüchteten** mehr in den Blick zu nehmen, braucht es **niedrigschwellige Förderprogramme** und die **Stärkung von engagierten Migrant*innen**, die Freund*innen und Angehörige bei der Ankunft unterstützen.
6. **Kooperative Netzwerke** machen die Aufnahme und Integration von Geflüchteten und Migrant*innen zur lokalen Gemeinschaftsaufgabe. Die Bundesländer sollten solche Vernetzungen längerfristig durch entsprechende Programme fördern.
7. Die **Zusammenarbeit zwischen kommunal Verantwortlichen und Ehrenamtlichen** ist erfolgreicher, wenn sich beide Seiten gegenseitig ihre verschiedenen Denklogiken und Hintergründe erklären. Ein gegenseitiges Kennenlernen kann durch **niedrigschwellige Austauschformate** gelingen. Die **Kommunikation von Verwaltungen** in Richtung der Engagierten sollte wertschätzender und niedrigschwelliger werden, auch um Konflikte vorzubeugen.
8. **Digitale Kommunikation und Vernetzung** spielen in Notlagen eine bedeutende Rolle. In diesen Bereich muss investiert werden. Auch private Initiativen sollten unterstützt werden, die schnell bedarfsorientierte Plattformen (weiter)entwickeln können.

FORSCHUNG

9. Um die Vielfalt an **Motivationslagen, Potenzialen und Barrieren** verschiedener gesellschaftlicher Gruppen im Engagement von und für Geflüchtete(n) zu **ergründen** und weitere spezifische Unterstützungsmöglichkeiten zu schaffen, bedarf es weiterer Forschung.
10. Hierfür bedarf es vertiefter und langfristiger **praxisnaher Forschung** zum Engagement für und von Geflüchtete(n). Diese kann nur gelingen, wenn die beteiligten Praxispartner*innen auch **entsprechende Förderung** erhalten.

.....

gefördert durch